



POLITIK / KOMMENTAR

AfD - das rechte Aufgebot ...

(SB) - Sollte die Behauptung des Spitzenkandidaten der AfD-Brandenburg für die Landtagswahl am 1. September 2019 zutreffen, daß die Landesliste ein Spiegel der Bevölkerung ist, stünde es schlecht um dieses Bundesland. Ihm müßte man dann eine rechtskonservative Mehrheitsmeinung attestieren, die offen für rechtsextremistische Bewegungen ist. Die Brandenburger AfD befindet sich im Aufwind, liegt sie doch in Umfragen gleichauf mit der in einer rot-roten Koalition regierenden SPD und könnte als stärkste Kraft aus dem Urnengang hervorgehen. Am selben Tag wird auch in Sachsen und am 27. Oktober in Thüringen gewählt, wobei auch in diesen beiden Fällen ein deutlicher Zuwachs der AfD droht. In Sachsen liegt sie ... (Seite 3)

POLITIK / AUSLAND

Wahlen 2019: Wohin geht der Weg für Bolivien?

(Buenos Aires, 17. Dezember 2018, *marcha noticias*) - Weniger als ein Jahr vor den geplanten Präsidentschaftswahlen in Bolivien hat das Oberste Wahlgericht TSE (Tribunal Supremo Electoral) entschieden, dass Evo Morales und Álvaro García Linera sich als Kandidaten für ... (Seite 6)

DR Kongo - Preisringen der Räuber ...

(SB) 8. Januar 2019 - In der Demokratischen Republik Kongo wurde am 30. Dezember ein neuer Präsident gewählt, doch die Nationale Wahlkommission hält die Ergebnisse zurück und will sie erst am 15. Januar bekanntgeben. Es ist zu vermuten, daß es dem Kandidaten der Oppositionskoalition Lamuka (das ist Lingala und bedeutet "Aufstehen"), Martin Fayulu, gelungen ist, den Wunschkandidaten des langjährigen Präsidenten Joseph Kabila, der sich in der Vergangenheit wiederholt mit Trickereien an der Macht gehalten bzw. die Wahlen verschoben hat, zu übertreffen. Die Spannungen in dem Land nehmen zu. Die USA haben bereits 80 Elitesoldaten ins Nachbarland Gabun entsandt, um im Falle von Unruhen ihre Landsleute aus der DR Kongo herauszuholen. Für die in den sozialen Medien kolportierte Vermutung, daß die US-Soldaten mit dem Putschversuch am 7. Januar in Gabun zu tun haben, gibt es indessen keine konkreten Anhaltspunkte.

Die kongolesische Bevölkerung hat anscheinend immer nur die Wahl zwischen Skylla und Charybdis. Denn so unbeliebt der alte Präsident und damit auch der von ihm ins Rennen geschickte Innenminister Emmanuel Ramazani Shadary sein mögen, von dem Oppositionskandidaten ist ebenfalls

nichts Gutes zu erwarten. Der ehemalige Manager des US-Erdölkonzerns Exxon gilt als amerikafreundlich und steht für eine neoliberale Wirtschaftspolitik.

Die katholische Kirche, die 41.000 Beobachter in die Wahllokale entsandt hatte, kennt den Ausgang der Stimmabgabe, will aber die Bekanntgabe des "eindeutigen Siegers" der Nationalen Wahlkommission überlassen. Ungeachtet dessen warnt sie, daß ein Wahlbetrug zu Aufständen führen würde. Bereits im November 2016 sollte in der DR Kongo gewählt werden, doch hatte der Präsident den Termin wiederholt verschoben, was einige Menschenleben gekostet hat. Allein in den letzten Wochen starben mehrere Dutzend Menschen bei politischen Unruhen in verschiedenen Landesteilen.

Die letzten Wahlen fanden 2006 und 2011 statt, beide Male hatte Joseph Kabila gewonnen. Als dieser im Januar 2001 im jungen Alter von 29 Jahren das höchste Amt im Staat von seinem wenige Tage zuvor ermordeten Vater übernommen hatte, glaubte kaum jemand, daß er sich so lange an der Macht würde halten können. Doch der politisch unerfahrene Joseph Kabila kam aus dem Militär und verstand es geschickt, dieses in großen Teilen hinter sich zu

bringen, eigene Seilschaften im Beamtenapparat aufzubauen und vor allem sich mit den ausländischen Interventionstruppen und ihren verbündeten Milizen im Osten des Landes zumindest so weit zu arrangieren, daß sie ihn nicht gestürzt haben.

Die DR Kongo ist sechsmal so groß wie Deutschland und verfügt in ihren östlichen Provinzen über riesige Vorkommen an Bodenschätzen wie Kobalt, Kupfer, Coltan, Zink, Diamanten, Gold, Erdöl, um nur einige zu nennen. Sich daran zu bereichern ist Auslöser jahrzehntelanger Kämpfe, nicht zuletzt unter Beteiligung der Nachbarstaaten Ruanda und Uganda.

Einst war Kongo eine Art Privatlehen des belgischen Königs Leopold II., ihm 1887 auf der Kongo-Konferenz in Berlin zugestanden. Des Königs wunderschöne Schlösser in Belgien wurden mit dem Blut von rund 18 Millionen umgekommenen Kongolesen errichtet, von denen viele als Kautschuksammler versklavt und deren Familien als Geiseln gehalten worden waren. Das riesige Land inmitten Afrikas vermochte zu keinem Zeitpunkt seiner Geschichte das Joch von Fremdherrschaft, der mannigfaltigen Einflußnahme fremdnütziger Interessen und des Bereicherungsstrebens eines heimischen Machtapparats abstreifen. Lediglich 1960, als nach der Unabhängigkeit Kongos Patrice Lumumba Premierminister wurde und eine eigenständige Politik jenseits der westlichen Dominanz anstrebte, bestand für einen kurzen Moment der Geschichte die Hoffnung auf eine grundlegende Kurskorrektur. Doch Lumumba und zwei seiner

Begleiter wurden 1961 unter Beteiligung Belgiens und des US-Geheimdienstes CIA von Soldaten des kongolesischen Politikers Moise Tschombé verschleppt, gefoltert und umgebracht. Ihre Leichen löste man in Batteriesäure belgischer Bergbauunternehmen auf, die Knochenreste hat man verbrannt. Nichts sollte von den "Kommunisten" übrigbleiben.

Von 1965 bis 1997 regierte der Diktator Mobutu Sese Seko das Land. Als Gegenleistung für Einnahmen aus der fortgesetzten Rohstoffplünderung durch westliche Firmen sorgte er für den inneren Frieden und eine zuverlässige Ausbeutung von Land und Leuten. 1997 wurde Mobutu von Laurent-Désiré Kabila gestürzt. Dieser war mit kongolesischen Milizen sowie Soldaten aus Ruanda, Uganda und Burundi von Osten her einmarschiert und hatte nach wenigen Monaten die im Westen gelegene Hauptstadt Kinshasa eingenommen. Mobutu mußte fliehen. Nachdem sich Kabila mit seinen Förderern überworfen hatte, wurde er 2001 von einem seiner Leibwächter getötet. Wenige Tage darauf übernahm der damalige Armeechef, Kabilas Sohn Joseph, die politische Führung der DR Kongo.

Würde das Land allein an der Menge seiner Rohstoffe gemessen, wäre es eines der reichsten Länder der Erde. Aber daß es diese herausragende Position vermutlich niemals genießen wird, hat mit innerkongolesischen Verteilungskämpfen und fortwährenden Intrigen des nahen und fernen Auslands zu tun.

Abgesehen vom Präsidenten wurden am 30. Dezember 2018 auch

die Sitze für die Nationalversammlung und die Regionalparlamente neu gewählt. Als nun am 31. Dezember 2018 durchsickerte, das Martin Fayulu siegreich aus den Wahlen hervorgehen würde, schaltete die Regierung das Internet, die SMS-Telefonverbindungen und das Signal des Radiosenders Radio France Internationale FM ab. Das nährt den Verdacht, daß Kabila Mauscheleien plant.

Wofür steht Fayulu? Auf Wahlplakaten gibt er sich als Macher. Beispielsweise hat er sich abbilden lassen, wie er sich die Ärmel hochkrepelt. Der in Frankreich und den USA ausgebildete Fayulu hat angekündigt, Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Tourismus zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die DR Kongo einen höheren Anteil an der Wertschöpfungskette der Rohstoffe erhält. Er weiß, wovon er redet, hat er doch lange Zeit für die andere Seite gearbeitet. Fayulu war fast zwei Jahrzehnte, von 1984 bis 2003, für den US-Ölkonzern Exxon Mobil tätig. Zuletzt leitete er dessen Ableger in Äthiopien. 2006 wurde er erstmals ins kongolesische Parlament gewählt, 2009 hat er die Partei ECiDé (Engagement für Bürgerlichkeit und Entwicklung), gegründet, für die er 2011 erneut ins Parlament einzog. Seine aktuelle Kandidatur wird vom früheren Vizepräsidenten Jean-Pierre Bemba und dem ehemaligen Gouverneur der rohstoffreichen Provinz Katanga, Moise Katumbi, unterstützt. Beide durften nicht selber zur Wahl antreten.

Zwar soll der neue Präsident, wer auch immer das sein wird, bereits am 18. Januar vereidigt werden, doch sind bis dahin noch gar nicht

alle Stimmen ausgezählt. In vier Wahlkreisen - ausgerechnet Hochburgen der Opposition - soll überhaupt erst im März 2019 abgestimmt werden, weil dort entweder die Ebolaseuche ausgebrochen ist oder es in letzter Zeit zu massiven Gewaltausbrüchen gekommen war.

Ob Fayulu, sollte er trotz solcher Hindernisse gewinnen und die Kabila-Fraktion ihre Niederlage eingestehen, wie so oft in der Politik nur ein Hoffnungsträger oppositioneller und zivilgesellschaftlicher Kräfte ist, der nach seiner "Inthronisation" seine Maske fallen läßt, kann naturgemäß nur die Zukunft zeigen. Allzu oft diente das Versprechen oppositioneller Politiker, die Korruption bekämpfen zu wollen, lediglich dazu, die etablierten Seilschaften durch eigene Leute auszutauschen - was bei weitem kein Alleinstellungsmerkmal afrikanischer Länder ist. Käme Fayulu an die Macht, wäre es das erste Mal in der Geschichte des Landes, daß ein Machtwechsel durch Wahlen erfolgt wäre.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2184.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

AfD - das rechte Aufgebot ...

Ich nehme den Auftrag der Spitzenkandidatur voller Kampflust an. [...] Unsere Landesliste ist ein Spiegel der Brandenburger Bevölkerung. Wir holen uns unser Land zurück - die AfD-Brandenburg steht - geschlossen wie immer - bereit.
Andreas Kalbitz (Partei- und Fraktionschef der AfD-Brandenburg) [1]

(SB) 8. Januar 2019 - Sollte die Behauptung des Spitzenkandidaten der AfD-Brandenburg für die Landtagswahl am 1. September 2019 zutreffen, daß die Landesliste ein Spiegel der Bevölkerung ist, stünde es schlecht um dieses Bundesland. Ihm müßte man dann eine rechtskonservative Mehrheitsmeinung attestieren, die offen für rechtsextremistische Bewegungen ist. Die Brandenburger AfD befindet sich im Aufwind, liegt sie doch in Umfragen gleichauf mit der in einer rot-roten Koalition regierenden SPD und könnte als stärkste Kraft aus dem Urnengang hervorgehen. Am selben Tag wird auch in Sachsen und am 27. Oktober in Thüringen gewählt, wobei auch in diesen beiden Fällen ein deutlicher Zuwachs der AfD droht. In Sachsen liegt sie den Umfragewerten zufolge zwar derzeit noch hinter der Regierungspartei CDU, doch holte sie dort bei der Bundestagswahl 2017 die meisten Zweitstimmen. In Thüringen liegen CDU, Linke und AfD eng beieinander.

Der vermeintliche Widerspruch, daß die Verbindungen des brandenburgischen Spitzenpersonals zur rechtsextremen Szene bekannt sind, man ihnen jedoch zugleich zumindest in Teilen atte-

tiert, sie hätten aus taktischen Gründen bei ihren öffentlichen Auftritten Kreide gefressen, läßt sich leicht auflösen. Im grundsätzlichen Unterschied zur Verfolgung der radikalen Linken, die der Staatsschutz mitunter noch nach Jahren wegen angeblich verfassungsfeindlicher Aussagen oder auch nur eine Nähe zu denselben zur Rechenschaft zieht, genoß die AfD trotz ihrer rechtsradikalen Strömungen und ihrer Öffnung gegenüber derartigen Bewegungen auf der Straße lange einen Freibrief. Der frühere Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen beriet bekanntlich Frauke Petry, wie eine Beobachtung der AfD durch seine Behörde zu vermeiden sei.

Seit Maaßens turbulentem Abgang, der viel Staub in der öffentlichen Wahrnehmung aufgewirbelt hat, wird der Ruf nach einer Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz immer wieder laut. Die Parteiführung auf Bundesebene reagierte darauf mit der Auflösung einiger regionaler Jugendverbände, die unter Beobachtung standen, und empfahl, bei der Teilnahme an Demonstrationen einen gewissen Abstand zu rechtsextremen Aufmärschen zu wahren. Die Führung um Alexan-

der Gauland und Jörg Meuthen blockierte jedoch zugleich jeden Versuch, einen Parteiausschluß Björn Höckes herbeizuführen oder eine Unvereinbarkeit mit rechtsextremen Gruppierungen außerhalb der Partei zu beschließen. Zudem halten sich besonders weit rechts aufgestellte Landesverbände wie jener in Brandenburg keineswegs an das Abstandsgebot nach Rechtsaußen, sondern erklären diese Verbindung im Gegenteil zur eigentlichen Stärke der Partei. Man hat es also auf den verschiedenen Ebenen jeweils mit Doppelstrategien zur Täuschung einer breiteren Wählerschaft zu tun, während diesbezügliche Berichte der Medien zu Diffamierungen seitens der "Lügenpresse" erklärt werden.

Nach dem Parteitag der AfD-Brandenburg in Rangsdorf zieht wie erwartet Partei- und Fraktionschef Andreas Kalbitz als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf. Er wurde mit 319 Ja- und 113 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen auf Platz eins der Kandidatenliste gewählt. Mit Kalbitz schickt die AfD einen Politiker ins Rennen, der zum völkisch-nationalistischen Flügel um den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke zählt und enge Verbindungen in die rechtsextremistische Szene hatte. Der aus München stammende Zeitsoldat und ehemalige Fallschirmjäger nahm 2007 an einem Pfingstlager der "Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) teil. Der Verein völkischer Nazis, der sich als "paramilitärisch auftretende Elite" verstand, mit militärischem Drill und Hitler-Verehrung Kinder und Jugendliche aufzog, wurde 2009 vom Bundesinnenministerium

verboten. Kalbitz war Autor für rechtsextreme Publikationen wie das Vereinsblatt der "Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland", wurde 1993 Mitglied der Republikaner, trat dann dem "Witkibund" bei und übernahm in der rechten Organisation "Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit" den Vorsitz, die von Nazis, SS-Offizieren und NPD-Funktionären gegründet worden war.

Kalbitz hat trotz Abgrenzungsbeschlüssen seiner Partei kein Problem damit, daß Mitarbeiter der Fraktion Verbindungen zur Identitären Bewegung (IB) haben, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wird. Seit geraumer Zeit enthält er sich jedoch verbaler Provokationen, die kurzfristig Aufmerksamkeit erheischen, sondern übt sich in Beharrlichkeit und Geduld, da er sich auf einem politischen "Langstreckenlauf" sieht. Er formuliere ganz vorsichtig, erläuterte er Anfang letzten Jahres bei einem Vortrag im Institut des neurechten Verlegers Götz Kubitschek seine Vorgehensweise. Dank dieser taktischen Marschroute gelingt es ihm, auch jene Teile der Partei und Anhängerschaft für sich zu gewinnen, die von einem allzu derben Sprachgebrauch eher abgestoßen werden. [2]

Während mit Kalbitz als Spitzenkandidat zu rechnen war, ist insbesondere bemerkenswert, daß sich die AfD die Proteste des Vereins "Zukunft Heimat" vor allem in Cottbus zunutze machen will. Christoph Berndt, Sprecher des Vereins, wurde auf Platz zwei der Liste gewählt und lag mit 314 Ja-Stimmen nur knapp hinter Kalbitz. Wären, wie bei anderen Par-

teien durchaus üblich, die Enthaltungen nicht mitgezählt worden, hätte Berndt sogar das Rennen gemacht. Dies unterstreicht den enormen Einfluß der selbsternannten neuen außerparlamentarischen Opposition, die Cottbus zu einem zweiten Dresden machen will. Berndt nennt die Stadt einen "Knotenpunkt der patriotischen Bewegung in Deutschland", ist bei den dortigen Demonstrationen häufig der profilierte Hauptredner und holt auch führende Köpfe der Neuen Rechten wie Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek hinzu.

Bei den Demonstrationen duldet der Verein auch Rechtsextremisten und Neonazis, denn Berndt zufolge sind die patriotischen Bürgerbewegungen der natürliche Bündnispartner der AfD. Kalbitz begrüßte ausdrücklich Berndts Kandidatur und widersprach damit offen dem Willen des AfD-Bundesvorstandes, dem er selbst angehört, wonach AfD-Leute möglichst nur auf AfD-Demos gehen sollen, damit ihnen nicht die Nähe zu Rechtsextremisten oder Pegida vorgeworfen wird. "Der Meinung bin ich nicht", unterstrich Kalbitz. Der Erfolg seiner Partei basiere doch gerade auf der Zusammenarbeit mit Pegida oder "Zukunft Heimat". [3]

Auf Platz drei wurde Daniel Freiherr von Lützwow gewählt, den man ebenfalls zu den strammen Parteirechten zählen kann. Der stellvertretende Landespartei- und Ortschef in Blankenfelde-Mahlow gilt als Parteistrategie für kommunale Basisarbeit, mit der er die AfD vor Ort kompetenter machen will. Wie er weiß, reicht das Kernthema Migration auf Dauer nicht aus, die Partei in der

Fläche zu verankern, wo Schulung in Kommunalpolitik geleistet werden muß. Dabei schwört er seine Leute darauf ein, sachlich zu bleiben und sich nicht reizen zu lassen. In den sozialen Medien, auf Demonstrationen oder anderen AfD-Veranstaltungen klingt er weniger sachorientiert: "Wir sind der blaue Sturm, der Deutschland reinigt." Er ist dafür, die Grenzen dichtzumachen, weil man sonst "unsere Familien nicht schützen" könne, und glaubt: "Wenn wir unser Volk retten wollen, gibt es nur den Weg der Remigration." [4]

Auf Platz vier folgte Birgit Besin, sie ist Vizechefin der AfD-Landtagsfraktion und tritt regelmäßig bei den Demonstrationen von "Zukunft Heimat" in Cottbus auf. Nummer fünf wurde Steffen Kubitzki, ein Mann aus der Kraftwerksbranche, der in Spree-Neiße gut vernetzt ist und dort bei der Landratswahl im Mai in der Stichwahl gegen den Amtsinhaber von der CDU auf 40 Prozent kam. Der Potsdamer Dennis Hohloch, Lehrer in Berlin und zuletzt AfD-Kandidat bei der Oberbürgermeisterwahl, hat Listenplatz zehn. Er ist auch Landeschef der Jungen Alternativen, des Jugendverbands der AfD, und wirft der Bildungspolitik in Brandenburg vor, "alles Deutsche und Identitätsstiftende aus den Lehrplänen zu entfernen". Interessant auf Platz 19 ist Leyla Bilge, die in den 1980er Jahren mit ihrer kurdischen Familie nach Deutschland gekommen war und 2018 zwei rechte "Frauen-Märsche" vor dem Kanzleramt in Berlin organisiert hat. Sie sei eine "stolze Deutsche", so Bilge, die sich als "erfahrene und kämpferische Aktivistin" bezeichnet.

Es gebe eine "tödliche Toleranz" gegenüber dem Islam, der nicht zu Deutschland gehöre. "Der Osten ist der neue Sturm der AfD", verkündete sie unter frenetischem Beifall auf dem Parteitag.

Aktuell zählt die AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag nach zwei Austritten wegen des Rechtsrucks noch neun Abgeordnete. Umfragen zufolge liegt die Partei bei 20 bis 23 Prozent, womit sie Chancen auf 20 bis 23 Abgeordnete hätte, die über die Liste ins Parlament einziehen. Andreas Kalbitz gab nach seiner Wahl als Ziel aus, daß die AfD bei der Landtagswahl stärkste politische Kraft werden wolle. Sie könne mit einer Mannschaft in den Wahlkampf ziehen, die durchmischt sei und die Vielfalt des Landes widerspiegeln, es seien nicht abgehalfterte Berufsfunktionäre wie in anderen Parteien. Zugleich kündigte er einen harten und schmutzigen Wahlkampf an: "Für Rot-Rot geht es um alles. Es geht nicht nur darum, dass wir Verantwortung übernehmen, die haben auch Angst, dass wir mal in den Keller gehen und die Akten abstauben und mal gucken. Und das reicht für hundert Jahre Knast, davon bin ich fest überzeugt." Christoph Berndt erklärte am Sonntag auf einer Demonstration in Cottbus: "Wir werden eine Stadt des Widerstandes bleiben. Wir werden bei den Wahlen am 1. September den Parteien, die uns dieses Elend eingebrockt haben, eine Quittung erteilen."

Anmerkungen:

[1] [www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg-rechtsaussen-kal-](http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg-rechtsaussen-kalbitz-fuehrt-afd-in-die-landtagswahl/23834136.html)

[bitz-fuehrt-afd-in-die-landtagswahl/23834136.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg-rechtsaussen-kalbitz-fuehrt-afd-in-die-landtagswahl/23834136.html)

[2] www.jungewelt.de/artikel/346753.langstreckenhetzer-des-tages-andreas-kalbitz.html

[3] www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/afd-kandidaten-fuer-landtagswahl-partei-bekennst-sich-zu-demonstranten-von-rechts-aussen-31839990

[4] www.tagesspiegel.de/politik/brandenburg-wie-die-afd-die-provinz-durchdringt/23629896.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1811.html>

SCHACH - SPHINX

Verdammtes Jahr 1998

(SB) - Nach seiner Titelverteidigung im Januar 1998 gegen den Inder Viswanathan Anand konnte der FIDE-Weltmeister Anatoli Karpow in den folgenden Monaten längst nicht so mehr überzeugen. Viele Niederlagen pflasterten den Weg des Moskauer Großmeisters. Erfolge blieben aus und wieder einmal geriet Karpow ins Kreuzfeuer der Kritik. Tiefpunkt seiner Tal-fahrt war das internationale Turnier im polnischen Kurort Polanica Zdroj. Gleich in der Auftaktpartie im Zehner-Turnier erlitt er eine sensationelle Niederlage gegen den polnischen Großmeister Michail Krasenkow nach 52 Zügen. Gegen den Weißrussen Boris Gelfand rettete er sich in ein frühes Remis, und erst nach einem weiteren Unentschieden gelang dem

Champion in der vierten Runde ein Sieg gegen den Polen Bartolomiej Macieja. Am Ende des Turniers mußte er sich freilich mit dem siebten Platz zufriedengeben. Man begann sich zu fragen: Trägt Karpow die Krone zu Recht? Schon mehrmals in den 1990er Jahren hatte Karpow Durststrecken durchstehen müssen, stürmte dann jedoch mit neuem Elan wieder an die Spitze. Wie oft kann er solch einen "Frühling" wiederholen? flüsternten sich die Beobachter der Szene ahnungsschwer zu. Die Zeit sollte es zeigen. Im heutigen Rätsel der Sphinx verhalf ihm das Erwachen seiner alten Stärke immerhin zum Titelsieg gegen den Holländer Jan Timman.

Karpow, mit den weißen Steinen, begnügte sich nicht mit der simplen Fortsetzung 1.Tg3xg7+ Kg8-h8, sondern fand einen kürzeren Weg zum Sieg, Wanderer.



Karpow - Timman
WM 1993

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Erfolgsstreben ist eine wacklige Angelegenheit, und nicht immer wird die Mühe belohnt. Nach 1.De3-e5 f7-f6 2.De5xe6+ Kg8-f8 3.Lb6-a5 b2-b1D 4.La5-b4+ Db1xb4 war das Glück der zweiten schwarzen Dame von kurzer Dauer, und ein wenig später fiel auch der Stolz der schwarzen Stellung in den Staub: 5.a3xb4 Dc2xa4 6.De6-d6+ Kf8-f7 7.Dd6-b8 f6-f5 8.b4-b5 h7-h5 9.b5-b6 h5-h4 10.Db8-a7+ und Schwarz gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06801.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Wahlen 2019: Wohin geht der Weg für Bolivien?

von Andrea Jarowisky

(Buenos Aires, 17. Dezember 2018, *marcha noticias*) - Weniger als ein Jahr vor den geplanten Präsidentschaftswahlen in Bolivien hat das Oberste Wahlgericht TSE (Tribunal Supremo Electoral) entschieden, dass Evo Morales und Álvaro García Linera sich als Kandidaten für diese Wahl aufstellen lassen dürfen. Aussichten und Auswirkungen mit der Feministin Adriana Guzmán.

Am 29. Oktober 2019 werden im Plurinationalen Staat Bolivien

Präsidentschaftswahlen stattfinden. Und bereits jetzt wird kontrovers diskutiert: Nachdem im Jahr 2017 das Plurinationale Verfassungsgericht grünes Licht gegeben hatte für die Kandidaturen von Evo Morales und Álvaro García Linera, genehmigte das Oberste Wahlgericht nun am 5. Dezember 2018 mit vier Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen, dass sich die offizielle Doppelspitze der Partei 'Bewegung zum Sozialismus' MAS (Movimiento al Socialismo) zur Wiederwahl stellen darf.

Statt nur zwei Amtszeiten strebt Morales nun eine vierte an

Die Verfassung aus dem Jahr 2009 sagt allerdings in ihrem Artikel 168, dass die Amtszeit des Präsidenten fünf Jahre beträgt und dass der Präsident oder die Präsidentin und der jeweilige Vizepräsident oder die Vizepräsidentin nur einmal unmittelbar im Anschluss an diese Amtszeit wiedergewählt werden dürfen. Um dies zu umgehen, sind der aktuelle Präsident Boliviens und sein Vizepräsident jedoch vor das

Oberste Wahlgericht gezogen und haben sich auf Artikel 23 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention bezogen, in dem es um politische Partizipationsrechte geht. Dort wird angeführt, dass alle Bürger*innen das Recht hätten, in regelmäßig stattfindenden Wahlen zu wählen und gewählt zu werden, sofern es sich um allgemeine, gleiche und geheime Wahlen handle, in denen garantiert sei, dass durch freie Meinungsäußerung der Wille der Wähler*innen zum Ausdruck gebracht werden könne. Außerdem müsse jede*r unter gleichberechtigten Bedingungen Zugang zu den öffentlichen Ämtern des Landes haben.

Es wäre die vierte aufeinanderfolgende Amtszeit von Morales. Die dritte wurde ermöglicht mit der Begründung, dass die erste Amtszeit des Präsidenten vor der Verfassungsänderung des Plurinationalen Staates Bolivien im Jahr 2009 gewesen sei.

Morales und Linera sind der Meinung, ihrem politischen Recht auf eine Kandidatur würden Steine in den Weg gelegt. Die Gesamtheit der Gesetzestexte besteht aus Verträgen, Menschenrechtsabkommen sowie der Verfassung. Deshalb denken die Regierungsmitglieder und das Oberste Wahlgericht, dass die Konvention der Organisation Amerikanischer Staaten und der ihr angegliederten Organisationen über der Plurinationalen Verfassung stehe - und, wenn notwendig - Artikel 168 verfassungswidrig sei.

Nichtregierungsorganisationen reichen Klage ein

Die bolivianischen Nichtregierungsorganisationen 'Stiftung zur



Evo Morales bei der Amtseinführung des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro am 1. Januar 2019

Bild: Senado Federal [CC BY 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>)], via Wikimedia Commons

Beobachtung von Menschenrechten und Justiz' (Fundación Observatorio de Derechos Humanos y Justicia) und 'Stiftung der Menschenrechte' (Fundación de los Derechos Humanos) haben bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte CIDH (Corte Interamericana de Derechos Humanos) Klage eingereicht. Sie argumentierten, dass die Kandidatur antidemokratisch und verfassungswidrig sei. Noch hat sich die Kommission diesbezüglich nicht geäußert, sondern um Zeit gebeten, um die Situation zu analysieren.

Auf internationaler Ebene hat das konservative Forum IDEA (Iniciativa Democrática de España y las Américas) [1] an die Organisation Amerikanischer Staaten und die EU appelliert, präventive Maßnahmen zu ergreifen gegenüber dem, was sie als Bruch der verfassungsmäßigen und demokratischen Ordnung Boliviens bezeichnet. Bei

IDEA handelt sich um eine Gruppe, in der sich 37 Ex-Präsident*innen zusammengeschlossen haben, die sich gegen die Regierungen des sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts richten. Dieser Appell wurde unter anderem unterzeichnet von José María Aznar und Felipe González aus Spanien, Fernando de la Rúa aus Argentinien, Vicente Fox aus México, Andrés Pastrana und Álvaro Uribe aus Kolumbien und Mireya Moscoso aus Panama.

Es sei daran erinnert, dass am 21. Februar 2016 in Bolivien ein verbindliches Referendum durchgeführt wurde, in dem die Bevölkerung darüber abstimmte, ob Evo und García Linera sich abermals als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufstellen lassen durften. Die Bürger*innen lehnten dies knapp ab. Seinerzeit ging man in Bolivien auf die Straße, es gab Streiks und Kundgebungen sowohl dafür als auch dagegen.

Was die Opposition angeht, so ist diese eher heterogen und gruppiert sich um den Ex-Präsidenten und Kandidaten des Parteienbündnisses Comunidad Ciudadana, Carlos Mesa [2], der laut Umfragen der stärkste Gegner von Morales sein wird.

Adriana Guzmán kritisiert Arroganz der MAS und rechte Opposition

Adriana Guzmán von der feministischen kommunitären Bewegung Boliviens [3] hebt hervor, dass die liberale Demokratie nicht nur die Kandidatur der aktuellen Regierungsmitglieder erlaubt habe, sondern auch die von Carlos Mesa. Mesa war Vizepräsident in der Regierung von Sánchez Lozada im Jahr 2003, als sich der 'Gas-Krieg' zutrug (für den Sánchez Lozada verurteilt worden ist, Mesa jedoch nicht); ebenso wie die Kandidatur von Victor Hugo Cardenas, der wegen Korruption angeklagt ist, und die von Oscar Ortiz, der rassistische Reden hält und Teil der rassistischen Kundgebungen im Jahr 2008 war.

Ein alternativer Weg, die Wiederwahl von Evo Morales zu ermöglichen, wäre nach Meinung der Frauenrechtlerin die Mandatsverteilung gewesen, im Rahmen der Demokratie und einer von der Basis aus erstellten Agenda. Die Basis sehe Evo als den einzigen Kandidaten, denn obwohl zwar eine Verteilung des neoliberalen, patriarchalischen, kapitalistischen Systems nicht aber eine Umwandlung desselben stattgefunden habe, hätten weder die Gesellschaft noch die Organisationen oder Evo selbst neue, mögliche Nachfolger*innen gefördert,

die das Land regieren und den Prozess des Wechsels vertiefen könnten.

Zusätzlich zu diesem politischen Szenario kommen noch die Bürgerbewegungen des '21F' (weil das Referendum über eine Wiederwahl an einem 21. Februar stattfand). Diese werden laut Guzmán von der politischen und wirtschaftlichen Rechten finanziert und geführt. Dann gibt es noch die Regierungspartei MAS mit dem gesamten Staatsapparat, die bereit sei, an allen Fronten Wahlkampf zu machen und, so Guzmán, die unsichtbaren sozialen Organisationen, die gespalten auf diese Situation reagieren. Viele dieser Organisationen wollten nicht, dass die Kandidaturen in dieser Form ausgetragen werden, spricht, dass die Möglichkeit neuer Führungspersonlichkeiten ausgeschlossen werde, aber da das Spiel bereits im Gange sei, sähen sie Morales als einzig möglichen Kandidaten.

Mangel an Selbstkritik

Nach Ansicht der Feministin hat diese von der MAS betriebene Durchsetzung ihrer Kandidaten bei den sozialen Organisationen eine symbolische Bedeutung, da Evo sein Wort gebrochen hat, sich nicht zur Wiederwahl zu stellen, wenn das Referendum zu seinen Ungunsten ausfällt. Zum anderen zeigt es, dass er nicht aus den lateinamerikanischen Prozessen gelernt hat, in denen Wahlen mit Kandidat*innen durchgeführt werden, die der Gesellschaft aufgedrängt wurden und nicht aus ihr entstanden sind. Als Beispiele nennt sie Argentinien mit dem ehemaligen Regierungskandida-

ten Scioli, Venezuela mit Maduro, der die Verfassung geändert habe, und Brasilien. Die sozialen Bewegungen, so Guzmán, seien nicht gegen die Herren, wohl aber gegen den Hochmut und die Art der Durchsetzung der Kandidat*innen.

Unter diesen Voraussetzungen steht ein Wahljahr an, in dem die Regierung zwar die Mittel, nicht aber ausreichende Kraft aus sozialen Organisationen hat, während die Rechte weiterhin rassistische und gewalttätige Plattformen finanziert, folgert Adriana Guzmán. Und aus einer feministischen Perspektive verhielten sich diese Herren wie Menschen, die alles dürften und sich schließlich auch als Kandidaten aufstellen lassen könnten - die aber unfähig zu jeglicher Art von Selbstkritik seien und zu der Möglichkeit, an andere Wege zu denken. Dies, so Guzmán, führe letztendlich zur Zermürbung, Polarisierung und zu sozialer Konfrontation. Es bleibt abzuwarten, wie die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte sich äußert und man muss sehen, wie die gesellschaftliche Reaktion im Wahljahr sein wird.

Anmerkungen:

[1] https://twitter.com/idea_grupo?lang=ca

[2] https://es.wikipedia.org/wiki/Carlos_Mesa

[3] <https://conlaa.com/feminismo-comunitario-bolivia-feminismo-util-para-la-lucha-de-los-pueblos/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/wahlen-2019-wohin-geht-der-weg-fuer-bolivien/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1846.html>

EUROPOOL / POLITIK

Bürgermeister Italiens weigern sich, Migranteneindliches Sicherheitsgesetz anzuwenden

Breite Solidarität zu aktivem Widerstand

*von Gerhard Feldbauer,
8. Januar 2019*

Laut der Nachrichtenagentur ANSA weigern sich zahlreiche Bürgermeister das von Innenminister und Vizepremier, Lega-Chef Matteo Salvini, eingebrachte Migranteneindliche und gegen die Verfassung verstoßende "Sicherheitsgesetz" anzuwenden. Zu ihnen gehören bekannte Linke wie Leoluca Orlando von Palermo, Luigi de Magistris von Neapel und Giuseppe Sala von Mailand. Es gehe nicht nur um die Haltung zu Migranten oder die Öffnung

der Häfen für Schiffe mit Flüchtlingen, sondern um "die Bürger- und Menschenrechte für alle", verbreitete Orlando auf Facebook. Der Innenminister beziehe eine "umstürzlerische Position", die von einem "kulturellen Verfall" zeuge. "Heute beginnt es mit den Migranten und morgen folgen die anderen." Mit Bezug auf die faschistische Vergangenheit sagte Orlando, "solche Regimes haben in der Geschichte schon immer mit unmenschlichen Rassengesetzen angefangen, die als Sicherheitsgesetze getarnt wurden". Er kündigte an, gerichtlich gegen das Gesetz vorzugehen. Auch von der Basis der Fünf-Sterne-Partei (M5S), von der bereits bei der Abstimmung über das Gesetz mehrere Abgeordnete und Senatoren es abgelehnt hatten, gingen Proteste aus.

Auslöser war, dass das Gesetz noch vor den Weihnachtsfeiertagen mit beispielloser Brutalität gegen Flüchtlinge in Süditalien angewandt und dort etwa 39.000 Asylsuchende aus "Aufnahmezentren" vertrieben und auf die Straße gesetzt wurden. Die Gemeinden wurden angewiesen, für Flüchtlinge auch keine Kosten mehr zu übernehmen. Das bisher aus humanitären Gründen gewährte Aufenthaltsrecht wurde ihnen damit entzogen. Hinzu kam, dass Salvini wiederum zwei Schiffen der Organisationen Sea-Watch und Sea-Eye, die seit zwei Wochen mit 49 Flüchtlingen an Bord im Mittelmeer kreuzten, das Anlaufen italienischer Häfen verbot. Die Kapitäne bezeichnete er als "Komplizen von Schmugglern, Menschen- und Drogenhändlern".

Mit den Aktionen der Bürgermeister geht die Opposition gegen

den faschistoid-rassistischen Kurs des Lega-Ministers, der mit dem Gesetz den Boden für die Vertreibung von fast einer halben Million Migranten, die er als "Illegale" bezeichnet, aus Italien bereiten will, von Protesten zum aktiven Widerstand über. Eröffnet wurde die Kampagne durch den Präsidenten der Regionalregierung der Toscana, Enrico Rossi, der erklärte, sich nicht "an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig zu machen, die zur italienischen Verfassung im eklatanten Widerspruch stehen". Der unabhängige Linke, der früher der Demokratischen Partei (PD) angehörte, hat in seiner Region ein Gesetz vorgelegt, um denjenigen zu helfen, denen der humanitäre Schutzstatus aberkannt wurde. Wie ANSA am Montag berichtet, haben auch die Regierungschefs der Emilia-Romagna und des Piemont Schritte gegen das Gesetz angekündigt.

Salvini bekräftigte seinen verfassungsfeindlichen Kurs. "Ich werde nicht aufgeben", zitierte ihn ANSA mit der Aufforderung an die betreffenden Bürgermeister, "ihren Job zu machen oder zurückzutreten, wenn sie anderer Meinung sind". Er nannte die gewählten Repräsentanten der Gemeinden "Verräter" und "Illegale" und drohte seinerseits, mit allen Konsequenzen mit gerichtlichen Schritten "gegen alle, die dieses Gesetz verletzen" vorzugehen. Vize-Premier Luigi Di Maio von M5S schloss sich der Hetze an und diffamierte die "ungehorsamen" Gemeinde-Vorsteher als "Taliban-Bürgermeister". Die typisch faschistische Reaktion des Rassisten-"Duce" verstärkte die Proteste.

Vom kommunistischen Online Portal Contropiano über die anti-kapitalistische Potere al Popolo (PaP) und die Linkspartei Freie und Gleiche (LeU) bis zur links-liberalen römischen La Repubblica wurden die Bürgermeister solidarisch unterstützt. Die PaP-Sprecherin Viola Carafalo appellierte, den Flüchtlingen alle erforderliche humanitäre Hilfe zu gewähren. Von besonderer Bedeutung ist, dass sich der Nationale Verband der italienischen Gemeinden (ANCI) mit dem "zivilen Ungehorsam" der Bürgermeister solidarisierte. Die Vorsitzende, Carla Nespoli, forderte den Innenminister auf, "die Autonomie der Gemeinden zu respektieren". Die Bürgermeister rief sie auf, den diese Autonomie und "die humanitären Menschenrechte verletzenden Artikel 13 des Gesetzes nicht anzuerkennen".

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung
des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politike-it0253.html>

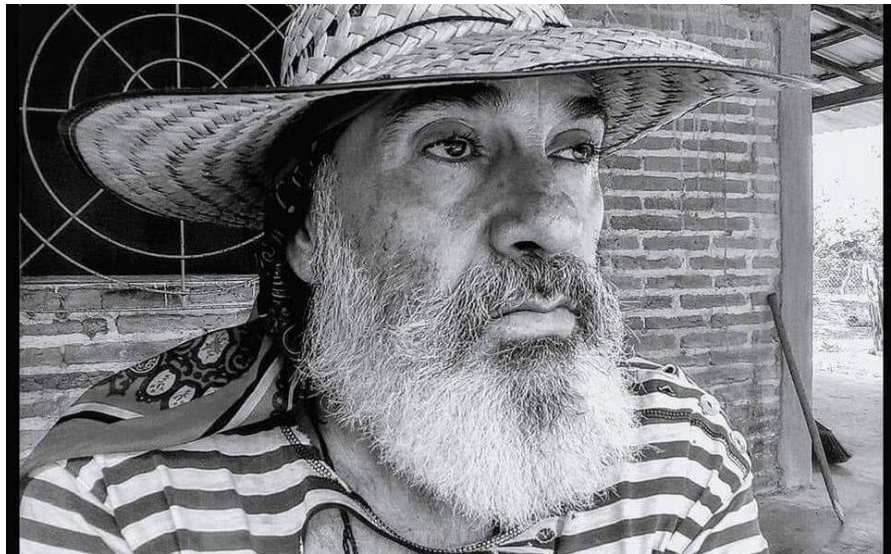
Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Sinar Corzo in Chiapas ermordet



*Der chiapanekische Aktivist Sinar Corzo wurde erschossen
Foto: Desinformémonos*

(Mexiko-Stadt, 4. Januar 2019, desinformémonos/poonaal) - Der Aktivist und Menschenrechtsverteidiger Sinar Corzo Esquinca ist am Abend des 3. Januar 2019 in Arriaga im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas erschossen worden. Der Täter entkam unerkannt auf einem Motorrad.

Corzo Esquinca war im Bürgerkomitee aktiv und setzte sich für die indigenen Gemeinden in Chiapas ein. Er hatte soziale Kommunikation an der UAM in Mexiko-Stadt studiert und wird als starker Charakter beschrieben, der seine Stimme "für die Vergessenen" erhob. Er hatte sich wegen Protestaktionen und Kritik an den Bürgermeistern von Arriaga

einen Namen gemacht; deshalb war er schon mehrfach eingeschüchtert und verhaftet worden - wie im August 2013 [1], als er eine funktionierende Wasser- und Abwasserversorgung für die Gemeinden einforderte.

Nach dem Erdbeben vom 7. September 2017 in Chiapas und Oaxaca hatte er sich für die Opfer eingesetzt. Er war zudem für sein Engagement für eine Verbesserung der Wasser- und Gesundheitsversorgung in seinem Heimatort Arriaga bekannt. Er starb wenige Meter von seinem Haus entfernt. Nur wenige Stunden zuvor hatte er an einem Treffen mit örtlichen Behörden über ein Straßenbauprojekt teilgenommen.

Im April 2018 hatte er einen Mitarbeiter des aus dem Amt geschiedenen Gouverneurs Manuel

Velasco Coello von der PVEM angezeigt [2]; er sei von diesem bedroht worden. Dessen Nachfolger im Amt, Rutilio Escandón, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte sowie weitere Menschenrechtsorganisationen verurteilten die Tat und verlangten Aufklärung.

Anmerkungen:

[1] <https://www.elsoldemexico.com.mx/mexico/sociedad/quien-erasinar-corzo-activista-asesinado-llamado-coloso-de-piedra-2877278.html>

[2] <https://www.telesurtv.net/news/mexico-asesinato-activista-defensor-ddhh-sinar-corzo-20190105-0010.html>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/sinar-corzo-in-chiapas-ermordet/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0362.html>

WELTANSCHAUUNG / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Was ist die Humanistische Bewegung heute?

von Olivier Turquet, 6. Januar 2019



Silo in den Anden

Foto: Rafael Edwards
[CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)],
via *Wikimedia Commons*

Am 4. Januar 1998, vor 21 Jahren, schloss Silo [1] in der Sporthalle von "Obras Sanitarias" in Buenos Aires, Argentinien, seinen Abschlussbericht während der ersten öffentlichen Versammlung der Struktur der Humanistischen Bewegung mit diesen Worten:

"Was ist heute die Humanistische Bewegung? Möglicherweise ein Zufluchtsort vor der allgemeinen Krise des Systems, in dem wir leben? Ist sie vielleicht eine beständige Kritik an einer

Welt, die Tag für Tag unmenschlicher wird? Ist sie eine neue Sprache, ein neues Paradigma, eine neue Interpretation der Welt und eine neue Landschaft? Stellt sie eine ideologische oder politische Strömung dar, eine neue Ästhetik, eine neue Werteskala? Ist sie eine neue Spiritualität, eine Aktion, die zum Ziel hat, das Subjektive und Andersartige durch konkrete Handlungen zu retten? Ist die Bewegung der Ausdruck eines Kampfes zugunsten der Enteigneten, der Vergessenen und Verfolgten? Drückt sie das Gefühl derjenigen aus, die die Monstrosität dessen fühlen, dass die Menschen nicht die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben?

Die Bewegung ist all das und noch viel mehr. Sie ist der praktische Ausdruck des Ideals, die Erde menschlich zu machen und sie ist das Bestreben, den Weg hin zu einer universellen menschlichen Nation zu gehen. Sie ist der Samen einer neuen weltumfassenden Kultur in einer Zivilisation, die ihre Richtung verändern muss, indem sie die Vielfalt anerkennt und ihr Bedeutung beimisst und indem sie jedem Menschen die gleichen Rechte und Möglichkeiten einräumt, aufgrund der Würde, die ihm durch die bloße Tatsache geboren worden zu sein, zusteht.

Die Humanistische Bewegung ist der äußere Ausdruck der tiefen Veränderungen, die sich im Inneren des Menschen vollziehen und welche die Geschichte selbst sind: tragisch, überraschend, aber immer im Wachstum begriffen. Sie ist eine leise vorausweisende Stimme, die die Zeiten ankündigt, die jenseits des Menschen liegen, den wir gekannt haben. Sie ist ein Gedicht und ein Regenbogen unterschiedlicher Farben, sie ist ein David gegenüber einem überheblichen Goliath. Sie ist die Sanftheit des Wassers gegenüber der Härte des Felsens. Sie ist die Kraft des Schwachen: Ein Paradoxon und eine Bestimmung.

Meine Freunde, auch wenn wir nicht unmittelbar jene Resultate erreichen, die wir erwarten, existiert dieser Samen schon und wartet auf die Ankunft kommenden Zeiten.

Für alle, von Herz zu Herz, den inbrünstigen Wunsch auf die sich anbahnende gesellschaftliche Veränderung und die Hoffnung auf eine stille Veränderung, die

jenseits jedes Zwanges, jenseits jeglicher Ungeduld, jenseits jeder gewaltvollen Bestrebung, jenseits jeder Schuld und jeden Gefühls der Niederlage schon im tiefsten Inneren vieler Humanisten wohnt".

Diese Rede (das Video und weiterführende Erklärungen dazu finden sich auf der offiziellen Seite der Humanistischen Bewegung) erschien kurioserweise weder im kompletten Werk noch auf der Seite, auf der der Autor selbst seine gesamte schriftliche oder audiovisuell aufgezeichnete Arbeit hinterlassen hat.

Ich für meinen Teil war dort, in der Kabine, in der ich die gesamte Versammlung simultan gedolmetscht habe, eine ehrenamtliche Arbeit, die mir zugefallen ist, und diese Worte am Ende eines langen Arbeitstages zu übersetzen, war eine Erfahrung, die mir noch immer intensiv in Erinnerung ist.

Vielleicht ist es wegen dieser Begebenheit, dass ich mich noch so gut an diese kurze Rede erinnern kann, in der Silo es schaffte, nicht nur einige wichtige Dinge für die Humanisten zusammenzufassen, sondern auch, dies mit einer außerordentlichen Poesie zu tun: "die Sanftheit des Wassers gegenüber der Härte des Felsens, die Kraft des Schwachen."

Aber das Thema, was die Humanistische Bewegung ist, bleibt heute ein offenes. Einst sagten wir: die Bewegung ist ein Instrument, um eine bessere Welt zu realisieren und sie wird aufhören zu existieren, wenn diese Welt erschaffen sein wird. Wenn dem so ist, und wenn man die Welt von heute betrachtet, wird klar, dass

die Humanistische Bewegung etwas absolut Notwendiges ist, in dieser Welt, in der immer mehr unerwartete Aspekte der Entmenschlichung auftauchen.

Zu lange wurde die Bewegung von einigen mit den verschiedenen Organisationsformen, die sie angenommen hat, verwechselt, auch wollte man die Humanistische Bewegung mit der Humanistischen Bewegung gleichsetzen, die Silo selber präziser als Universellen Humanismus bezeichnet hat, und die die wohl ausgeprägteste Variante darstellt, aber nicht die einzige ist, die existiert.

So findet sich beispielsweise der Name Neuer Humanismus derzeit in sehr unterschiedlichen ideologischen, spirituellen und akademischen Bereichen und manchmal sogar mit gegensätzlichen Standpunkten: all das bekräftigt einfach nur die Tatsache, dass die Sorge um das menschliche Wesen von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt wird - und ist somit etwas, das allen Humanisten unweigerlich Freude bereitet.

Die zusammenfassende und poetische Definition, die Silo in dieser Rede gibt, ist meiner Meinung nach in diesem Moment äußerst aktuell, in dem die schlimmsten Syllogismen dazu dienen, die größten Barbareien intellektuell zu rechtfertigen, mit betrügerischer Semantik, wie uns Noam Chomsky erinnert. Wir müssen, heute mehr denn je, unser Herz jenseits des Hindernisses werfen und den Kampf von "David gegen Goliath" bejahen, den Kampf der Werte gegen den Pragmatismus, des Menschen gegen das Gesetz der

Zahlen und Statistiken, der Kraft der Utopie gegen den regierenden Realismus, der Möglichkeiten anstatt der Resignation.

Vor allem aber müssen wir, um all das zu tun, uns an das Dokument der Humanistischen Bewegung erinnern und es auch anwenden, in dem es heißt:

"Zwischen den Bestrebungen der Humanisten und der Realität der heutigen Welt ist eine Mauer entstanden. Nun ist der Moment gekommen, diese Mauer einzureißen. Um dies zu tun, ist es nötig, alle Humanisten auf der Welt zu vereinen".

Übersetzung aus dem Italienischen von Pressenza München

Über den Autor

Olivier Turquet schreibt seit 40 Jahren, um die Realität zu erzählen. Er hat mit Printmedien, Radio und elektronischen Medien zusammengearbeitet, darunter Frigidaire, Radio Montebevi, L'Umanista, Contrasti, PeaceLink, Barricate, Oask!, Radio Blue, Azione Nonviolenta, Mamma!. Er gründete die humanistische elektronische Nachrichtenagentur Buone Nuove sowie die Lokalzeitung Le Bagnese Times und war Pressesprecher verschiedener Veranstaltungen wie The International Humanist, Firenze Gioca und dem Weltweiten Marsch für Frieden und Gewaltfreiheit. Zur Zeit koordiniert er die italienische Redaktion von Pressenza.

Anmerkung:

[1] Pseudonym von Mario Rodríguez Cobos

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/weltan/meinung/wmsp0029.html>

BILDUNG UND KULTUR / VERANSTALTUNG

BAIKALSEE

BLAUE PERLE SIBIRIENS

Zu Fuß die Alte Baikalbahn entlang
Ein Bildervortrag von Heiko Klotz

Donnerstag, 10.1.2019
20.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13
21073 Hamburg-Harburg
www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende



<http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/veranst/bkvo8424.html>

POLITIK - REDAKTION	DR Kongo - Preisringen der Räuber ...	Seite 1
POLITIK - KOMMENTAR	AfD - das rechte Aufgebot ...	Seite 3
SCHACH-SPHINX	Verdammtes Jahr 1998	Seite 5
POLITIK - AUSLAND	Wahlen 2019 - Wohin geht der Weg für Bolivien? (poonal)	Seite 6
EUROPOOL - POLITIK	Bürgermeister weigern sich, migrantenfeindliches Sicherheitsgesetz anzuwenden (Feldbauer)	Seite 9
REPRESSION - FAKTEN	Sinar Corzo in Chiapas ermordet (poonal)	Seite 10
WELTANSCHAUUNG	Was ist die Humanistische Bewegung heute? (Pressenza)	Seite 11
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 9. Januar 2019	Seite 14

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. Januar 2019

+++ Vorhersage für den 09.01.2019 bis zum 10.01.2019 +++

	<p>Kälter wird es immer mehr, Regenschnee und Nieselfies, schlafen, träumen fällt nicht schwer, Jean, der Frosch, im Paradies.</p>
---	--

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.